Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.

Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle, Marienstraße 38 u. in den Nebenannahmestellen von Vorm. 8 bis 3 Uhr Nachm. Sonntags nur Marienstr. 38 v. 11—½1 Uhr Mittags.

Anzeigentarif.
Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pf.; Doppelzeile „unserm Stich" (Eingesandt) 40 Pf. Grundzeile für Montags oder nach Feiertagen 20 Pf. (für Familiennachrichten u. s. w.), bez. 30 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Belegblätter werden mit 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß:
Amt I Nr. 11 u. Nr. 2096.
Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Dresden, Altmarkt 2.**

Simon's Annen-Hof
Dresden
Im Centrum der Stadt
Vorzügliches Mittelstands-Hôtel
für Geschäfts- und Vergnügungs-Reisende, Familien und Touristen.
Mässige Preise.
Gutes Restaurant
Nur echte Biere.

Diätetische Kuranstalt
Niederlössnitz bei Dresden.
Elektrische Beleuchtung. • Centralheizung. • Prospekte
früher Dr. **Kadners** Sanatorium. Dr. Oeder.

R. Beyer → Papier-Fabrik-Lager ←
Papier-Grosshandlung ← ***Am See 16*** parterre u. I. Etg.
Bedeutendstes Lager aller Sorten Druck-, Schreib- u. Canzleipapiere, Schulliniaturen, Behördenpapiere, Couverts und Pappen, Pergamente, Seiden- und Packpapiere aller Formate und Rollen, sowie aller in das Fach einschlagender Artikel.
Gelegenheitsposten. — Billigste Preise. — Prompteste Bedienung.

Albert Kaul, Wein- und Cigarren-Handlung
Albrechtsstrasse No. 43 **Dresden** Ecke Pillnitzerstrasse.
Annahme von **Inseraten** und **Abonnements** für die
„Dresdner Nachrichten"

Tuchwaaren. Lager hochfeiner deutscher und englisch. eleganter Anzug-, Hosen- und Paletotstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten zu billigsten Preisen. **Hermann Pörschel,** Scheffelstrasse 19.

Nr. 8. Spiegel: Parlamentarische Aufgaben. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Soiree im Ministerhotel, Bundesschießen. Gerichtsverhandlungen, Lotterie-Liste. Trio-Abend. | Muthmaßl. Witterung: Trübe, neblig. | **Mittwoch, 10. Januar 1900.**

Die Wiedereröffnung der Parlamente.

Der Reichstag und der preußische Landtag haben gestern ihre Arbeiten nach der Weihnachts- und Neujahrspause wieder aufgenommen. Die Besonderheit der gesammten politischen Lage sowohl auf dem inneren wie auf dem auswärtigen Gebiete bringt es mit sich, daß der Wiederzusammentritt der Parlamente des Reiches und von Preußen im gegenwärtigen Augenblick im ganzen Lande ein weit über das gewöhnliche Maß hinausgehendes Interesse erweckt. Im Innern stehen große Entscheidungen über wichtige nationale Fragen bevor, deren gedeihliche Erledigung den ungestörten Zusammenschluß der nationalen Parteien erfordert, und in der auswärtigen Politik knackt und knistert es im Gebälke wie vor nahender Feuersbrunst; es ist darum auch mit Rücksicht auf die energische Führung der auswärtigen Geschäfte des Reiches in den herrschenden kritischen Zeitläuften eine einmüthige nationale Meinung von der höchsten Bedeutung. Unter diesem Gesichtswinkel muß es als ein schwerer politischer Fehler erscheinen, daß die preußische Regierung nicht den Muth des Entschlusses zum Verzicht auf die Kanalvorlage gefunden hat. Dieser leidige Zankapfel, der schon so verhängnißvolle Entzweiung in die Reihen der nationalen Parteien getragen hat, soll nun abermals einer Probe auf seine hadererzeugende Kraft unterworfen werden. Wie die Regierung für einen solchen erneuten Versuch die moralische Verantwortung zu übernehmen vermag, erscheint schwer begreiflich angesichts der beiden grundlegenden Aufgaben, die im Reichstage zu lösen sind, der Flottenvorlage und der demnächstigen Neuregelung unserer Handelsbeziehungen. Es ist doch eine offenkundige Thatsache, daß die Kanalvorlage nicht den preußischen Landtag allein beherrscht, sondern daß die dabei in Betracht kommenden parteipolitischen Einflüsse und Interessenverquickungen zwischen Reichstag und Landtag hin und her spielen und insbesondere dem Centrum Gelegenheit geben, die Situation nach allen Richtungen zu Gunsten der ultramontanen Bestrebungen auszunützen, ganz abgesehen von dem erbitterten Ansturm des gemäßigten Liberalismus gegen die Konservativen, der ebenfalls sowohl im Reiche wie in Preußen nach dem unseligen Kanalkampf in die Erscheinung getreten ist.

Die weitere Stärkung und Befestigung der ausschlaggebenden Stellung des Centrums im Reiche und in Preußen, die ja überhaupt den wundesten Punkt in unserer neuesten politischen Entwickelung bildet, ist mit Entschiedenheit als die bedenklichste Folge der von der Regierung unternommenen und noch nicht wieder aufgegebenen Kanalaktion anzusehen. Es ist doch wirklich ein auf die Dauer ganz unhaltbarer und unerträglicher Zustand, daß eine aus antinationalen Elementen zusammengesetzte Mehrheit unter Führung des Ultramontanismus die Lage im Reiche beherrscht, von hier aus ihre Minirarbeit auch gegen die Volksvertretung des preußischen Bundesstaats richtet und dort planmäßig ebenfalls die Oberhand zu gewinnen sucht, indem sie die Regierung in die Zwangslage bringt, entweder auf die Durchführung umfassender gesetzgeberischer Maßnahmen zu verzichten oder dem Ultramontanismus Zugeständnisse zu machen, die sich mit der nationalen Wohlfahrt und Geistesfreiheit nicht vereinigen lassen. Angesichts des stetig wachsenden Einflusses des Centrums und seiner radikalen Verbündeten ist es erklärlich genug, wenn man sich in patriotischen Kreisen mit steigendem Unmuthe die Frage vorlegt: „Mußte das Deutsche Reich dazu gegründet werden, damit den Ultramontanen mitsammt den Radikalen und Sozialdemokraten ein Tummelplatz für ihr lichtscheues Treiben zu Gebote stände?" Der Umstand, daß die ultramontane Gefahr thatsächlich vorhanden ist, ergiebt einen gleich schweren Vorwurf für die Regierung wie für die nationalen Parteien. Eine Aenderung des herrschenden Mißverhältnisses kann nur eintreten, wenn die Regierung mit unerbittlichem Ernste gegen die ultramontane Begehrlichkeit den von dem Vicepräsidenten des preußischen Staatsministeriums, Herrn Dr. v. Miquel, proklamirten Grundsatz zur Anwendung bringt, daß die Neigung, den konfessionellen Frieden zu bewahren, an den Erfordernissen der nationalen Staatsnothwendigkeiten eine unüberschreitbare Grenze finden müsse, und wenn gleichzeitig die nationalen Parteien ihre Beziehungen zu einander auf eine solche Grundlage stellen, daß der Ultramontanismus nicht durch fortwährende Zänkereien in den Stand gesetzt wird, bald hier, bald da, bald dort die erfolgreiche Rolle des sich freuenden Dritten zu übernehmen. Von Herrn Dr. v. Miquel heißt es, daß er Gelegenheit nehmen werde, seine Stellung dem Centrum gegenüber auch im preußischen Landtage klar zu legen, wie er es gegen den Schluß des verflossenen Jahres im Reichstage bei Gelegenheit der Angriffe des Abg. Dr. Lieber gethan hatte. Im Interesse der Einigkeit unter den nationalen Parteien ist überdies zu wünschen, daß es dem klugen und offenbar noch immer mächtigen Vicepräsidenten des preußischen Staatsministeriums gelingen möge, sowohl die Regierung wie seine ehemaligen gemäßigt liberalen Parteifreunde davon zu überzeugen, daß das Staatswohl die gründliche Abkehr von einer Politik erfordert, die rein wirthschaftliche Fragen nicht als solche behandelt, sondern ihnen einen hochpolitischen Charakter künstelt und durch eine solche willkürliche Umwerthung feststehender Begriffe im öffentlichen Leben das Unterste zu oberst kehrt.

Die Verhandlungen des Reichstags werden dieses Mal wesentlich im Zeichen der auswärtigen Politik stehen; haben doch selbst die bedeutsamsten innerpolitischen Vorlagen, die der Erledigung harren, die Flottenvermehrung, die Münznovelle und der Gesetzentwurf über die Fleischbeschau, einen hervorstechenden internationalen Zug. Die Chancen der Flottenvorlage sind im Augenblick ganz unberechenbar, gegen die Münznovelle wird von bimetallistischer Seite im Einverständniß mit den landwirthschaftlichen und Mittelstandskreisen eine wachsende Agitation entfaltet und wegen der Fleischbeschaufrage spricht die „Deutsche Tagesztg." ein sehr ernstes Wort mit der Regierung, das offensichtlich mehr ist als eine leere Drohung und starke Einflüsse hinter sich hat. Das konservative Blatt erklärt, die Regierung trage sich mit der merkwürdigen Hoffnung, daß es ihr gelingen werde, dem Reichstage die Zustimmung zu weitgehenden Zugeständnissen abzugewinnen, die unsere Diplomatie den Vereinigten Staaten von Amerika gemacht habe: „Diese Zugeständnisse, deren Einzelheiten bis jetzt nicht bekannt sind, zu erfahren, wird sich bei der zweiten Lesung des Etats eine erwünschte Gelegenheit bieten. Graf Bülow wird, da ja das Gesetz berathen oder zurückgezogen werden muß, sich über diese Angelegenheit nicht in diplomatisches Schweigen hüllen können, sondern wird mit der Sprache heraus müssen. Er wird dann erfahren, daß die Hoffnungen, die er gehegt hat, recht eitel waren und daß Deutschland nicht gewillt ist, seine Landwirthschaft und sein Fleischereigewerbe zu Gunsten der großkapitalistischen amerikanischen Schweine- und Rinderkönige preiszugeben."

Den schlimmsten Sturm wird der Staatssekretär des Auswärtigen bei der Besprechung der deutsch-englischen Beziehungen auszuhalten haben. In unserem Verhältniß zu England hat sich eine solche Menge von Zündstoff aufgesammelt, daß ein Stillschweigen des Reichstags zu dieser augenblicklich im wahren Sinne des Wortes brennenden Tagesfrage schlechtweg undenkbar ist. Von der Regierung muß vor Allem Aufklärung gefordert werden über die himmelschreienden Willkürakte, die England gegen unseren friedlichen Seehandel ausgeübt hat und die es noch keineswegs einzustellen gewillt scheint. Eine weitere Anfrage wird sich auf die eigenartige Handhabung unserer Neutralität gegenüber England zu beziehen haben. Gedenkt die Regierung mit der bisher geübten Bevorzugung Englands jetzt ehrlich zu brechen? Wird sie die Ausfuhr von Kriegsmaterial nach England untersagen? Wenn auf diese Fragen keine völlig unzweideutige, beruhigende Antwort ertheilt werden sollte, so würde die Wirkung einer solchen schwächlichen Unentschlossenheit auf die öffentliche Meinung in Deutschland geradezu niederschmetternd sein. Des Weiteren dürfte es sich empfehlen, an die Regierung die Anfrage zu richten, warum sie einen militärischen Abgesandten nur in das englische Hauptquartier, nicht auch zu den Buren geschickt hat, obwohl doch zahlreiche tapfere deutsche Offiziere und Mannschaften auf Seiten der Buren gegen die Engländer kämpfen. Endlich wird auch die Berührung des deutsch-englischen Geheimvertrags nicht zu umgehen sein. Die tiefe Beunruhigung, die den unabhängigen nationalen Theil des deutschen Volkes seit der Kaiserreise nach England ergriffen hat, ist durch die Enthüllungen über den angeblichen Inhalt jenes Vertrages noch erheblich gesteigert worden. Für die nationale öffentliche Meinung in Deutschland würde es völlig unfaßbar sein, wenn der Staatssekretär des Auswärtigen jetzt noch aus irgendwelcher Rücksichtnahme auf England eine Aufklärung über den Vertrag verweigern wollte. Redensarten, und seien sie noch so geistreich, noch so verbindlich, helfen bei der gegenwärtigen Zuspitzung der Dinge zwischen Deutschland und England unserer Regierung nicht mehr aus der Klemme und befreien sie nicht von der Nothwendigkeit, offen und ehrlich Farbe zu bekennen. Die politische Atmosphäre im Reiche ist in Folge der englischen Vergewaltigungen und der verkehrten auswärtigen Politik der Regierung schwül, sehr schwül geworden. Nur dann kann den breiten nationalen Schichten des deutschen Volkes das volle Vertrauen zu der Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten zurückgegeben werden, wenn der Staatssekretär des Auswärtigen vor versammeltem Reichstage eine Erklärung abgiebt, welche die öffentliche Meinung bis zum Ausschlusse jedes Zweifels davon überzeugt, daß der englandfreundliche Kurs fortan endgültig aufgegeben und ein ehrlicher, unzweideutiger Anschluß an Rußland gesucht und gepflegt werden soll.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 9. Januar.

* **London.** Wie das Reuter'sche Bureau vernimmt, wird nach Freigabe des Dampfers „General" auch wahrscheinlich dem Dampfer „Herzog" die Weiterfahrt gestattet werden. Dem Vernehmen nach ist nunmehr festgestellt, daß die Passagiere des „Bundesrath", welche Khaki-Anzug trugen, Mitglieder der italienischen Gesellschaft vom Rothen Kreuze waren, welche in gleicher Weise verwundete Briten und Buren pflegen sollten. Es ist noch nicht endgiltig festgestellt, ob sich unter der Ladung des „Bundesrath" Kontrebande befindet, wie verlautet wird aber die englische Regierung bereit sein, volle Entschädigung für jede Verzögerung zu geben, wenn sich keine Kontrebande vorfindet. Die von der deutschen Regierung unverzüglich gemachten Vorstellungen hinsichtlich der Behandlung neutraler Schiffe sind von der englischen Regierung mit aller Berücksichtigung entgegengenommen worden. Wie verlautet, wird die Angelegenheit der neuerlichen Aufbringung eines deutschen Postdampfers in freundschaftlicher Weise zwischen beiden Regierungen geregelt werden. Dem Vernehmen nach befindet sich an Bord des „General" keine Kontrebande, anscheinend auch nicht an Bord des „Herzog".

Berlin. Reichstag. Präsident Graf Ballestrem: „Ich eröffne die erste Sitzung des Deutschen Reichstags im 20. Jahrhundert und entbiete an der Jahres- und Jahrhundertwende den Herren Abgeordneten die herzlichsten Glückwünsche." Der Präsident macht sodann Mittheilung von dem Ableben des Abg. v. Fischer-Augsburg. Das Haus ehrt das Andenken des Heimgegangenen durch Erheben von den Plätzen. — Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Berathung des Entwurfs einer Reichsschuldenordnung. § 2 wird an die Kommission zurückverwiesen. § 16, Absatz 2, bestimmt für den Fall des Abhandenkommens oder der Vernichtung eines Zinsscheines, daß der in § 804, Absatz 1, des Bürgerlichen Gesetzbuches ausgesprochene Anspruch ausgeschlossen sei. Abg. Müller-Sagan (Freis. Volksp.) beantragt, im Interesse der Gerechtigkeit diesen Absatz 2 zu streichen. Nach kurzer weiterer Debatte wird auch § 16 an die Kommission zurückverwiesen. Der Rest des Gesetzes wird nahezu unverändert angenommen. Die Uebersichten über Reichsausgaben und -Einnahmen, sowie über Ausgaben und Einnahmen der Schutzgebiete werden an die Rechnungs-Kommission verwiesen. — Die Wahlen der Abgg. Schulze, Steinen und Sieg werden beanstandet, die Wahl der Abgg. Christen, Graf, Böckel, Pauli, Förster-Sachsen, v. Staudy und Möller für giltig erklärt. Verschiedene Petitionen betreffend Erhöhung des Zolles auf gesalzene Heringe beantragt die Kommission dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Die Abgg. v. Frege, Steinhauer und Hermes beantragen den Uebergang zur Tagesordnung. Abg. Hermes (Freis. Vp.): Der erhöhte Heringszoll würde vorzugsweise die ärmsten Konsumenten belasten. Zur Förderung unserer Seefischerei sei es immer noch besser, die dafür ausgesetzten Reichszuschüsse zu erhöhen, als einen so nothwendigen Bedarfsartikel zu vertheuern. Der Bedarf Deutschlands an Heringen könne durch die eigene Hochseefischerei nicht annähernd gedeckt werden. Das Gedeihen der Emdener Gesellschaft zeige außerdem, daß es auch ohne Zoll gehe. Abg. Pachnicke (Freis. Ver.): Die Bedenken der Regierung wegen einer Preissteigerung zum Nachtheil der ärmeren Bevölkerung hätten sich neuerdings sehr abgeschwächt; demgegenüber müsse der Reichstag eine um so deutlichere Antwort geben. Die Fänge der Heringsfischer hätten erheblich zugenommen und es bedürfe also keiner Zollerhöhung. Die Emdener Gesellschaft zahle bis zu 16 Proz. Dividende. Der höhere Zoll wäre nur ein Geschenk an einige Aktiengesellschaften, die noch dazu zum Theil aus Ausländern bestünden. Abg. v. Waldow-Reitzenstein (kons.) empfiehlt den Antrag der Kommission, der nur eine Prüfung der Frage wolle. Abg. Rickert (Freis. Ver.) befürwortet Uebergang zur Tagesordnung. Geh. Rath Hauß: Der günstige Stand der Emdener Gesellschaft ist nur den Reichszuschüssen zu verdanken, und es ist dringend davor zu warnen, daraus Rückschlüsse auf die anderen Gesellschaften zu ziehen. Diese hätten mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, eine habe sogar unlängst liquidiren müssen. Diese Gesellschaften bestehen meist aus kleinen Leuten in den Küstenstädten, die mit Mühe und Noth ein kleines Anlagekapital aufgebracht haben. Redner hebt sodann als weiter in Betracht kommenden Gesichtspunkt das Interesse der Reichsmarine an einer Förderung der Hochseefischerei hervor, behufs Matrosenersatz für den Fall einer Mobilmachung. Für die Regierung sei die Frage der Zollerhöhung noch eine offene, aber die Kommission beantragt auch nur Ueberweisung als Material. Abg. Dasbach (Centr.) erklärt sich für Uebergang zur Tagesordnung, ebenso der Abg. Kruse (natlib.). Die Abgg. Wurm (Soz.) und Müller-Sagan (Freis. Vp.) verlangen anstatt einer Erhöhung des Heringszolles, daß der Hering ganz zollfrei gegeben werde. Abg. v. Kardorff (Reichsp.) konstatirt, der Antrag auf Einführung eines Heringszolles sei seiner Zeit von keinem Mitgliede seiner Partei unterzeichnet worden, auch der Bund der Landwirthe träte nicht als solcher für den Heringszoll ein, er selbst sei Gegner dieses Zolles und werde daher für den Uebergang zur Tagesordnung stimmen. Abg. v. Levetzow (kons.) hält bei den jetzigen Heringspreisen den Zollerhöhungsantrag nicht für angebracht und stimmt ebenfalls für Uebergang zur Tagesordnung. Abg. Brömel (freis. Ver.) erinnert an eine Versammlung in Altona, in der unter Leitung des Abg. v. Langen dem Bunde der Landwirthe ausdrücklich für sein Eintreten für den Heringszoll Dank ausgesprochen worden sei. Abg. v. Kardorff (kons.) nochmals: Es falle dem Bunde der Landwirthe gar nicht ein, sich für den Heringszoll zu engagiren. Schließlich wurde Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Dagegen stimmten nur die Antisemiten und drei Konservative. Morgen: 2. Lesung des Etats, und zwar Spezialetat des Reichstages und des Reichsamtes des Innern.

Berlin. Der Minister des Königl. Hauses macht amtlich bekannt: Die Prinzessin Heinrich von Preußen ist heute früh kurz nach 12 Uhr zur Freude des Kaisers und des ganzen Königl. Hauses von einem Prinzen glücklich entbunden worden. Ferner wird das folgende ärztliche Bulletin veröffentlicht: Die Frau Prinzessin Heinrich hat den letzten Theil der Nacht sehr gut geschlafen und befindet sich, ebenso wie der neugeborene Prinz, sehr wohl. — Die Blätter der Reichshauptstadt erklären übereinstimmend, daß die Thronrede keinerlei politische Ueberraschung gebracht habe. Die „Kreuzztg." sagt, das Hauptinteresse konzentrirt sich selbstverständlich auf denjenigen Theil, der sich auf die Kanalvorlage bezieht. Bemerkenswerth ist hierbei der nüchterne Ton, mit dem dieser Gegenstand behandelt wird. Erfreulich wäre es, wenn diesem so nüchternen Tone auch die weitere Behandlung der Vorlage durch die Staatsregierung entsprechen würde. Denjenigen, die in der Herbeiführung eines vollständigen Bruchs der Staatsregierung mit den Konservativen augenscheinlich ihre vornehmste Aufgabe erblicken, mag die Form, in der die Kanalvorlage von Neuem angekündigt wird, eine gewisse Enttäuschung bereitet haben. — Die „Nat.-Ztg." sagt: Die Eröffnungsrede wird durch den Mangel an politischer Bestimmtheit gekennzeichnet, der das ganze Verhalten der preußischen Regierung bei der Kanalkrisis des vorigen Sommers charakterisirte. Wäre nicht die Erwähnung des neuen Jahrhunderts am Anfange und am Ende der Rede, die ein wenig Klang, wenn auch nur leeren, hineinbringt, so würde die Rede durchwog den Eindruck einer tonlosen Aufzählung der schon vorher in der Presse angekündigten Vorlage machen. Die Gelegenheit zu einer Erwähnung der Weltlage ist unbenützt gelassen. — Die „Deutsche Tagesztg." schreibt: Auch wir wünschen ein einträchtiges Zusammenwirken der Regierung und des Volkes. Die unerläßliche Vorbedingung solchen Zusammenwirkens ist aber, daß man aus wohlerwogenen sachlichen Gründen der Volksvertretung die gebührende Beachtung schenke und daß man nicht das, was als Gewissenspflicht empfunden und bethätigt wird, als Fronde auffasse und bekämpfe. — Die Ein- und Ausfuhr von Getreide und Mehl im deutschen Zollgebiete stellt sich im verflossenen Jahre wie folgt: Einfuhr: Weizen 16,000,148, Roggen 5,907,101, Hafer 3,055,884, Gerste 11,102,877, Weizenmehl 445,722, Roggenmehl 12,749 Doppelcentner. Ausfuhr: Weizen 3,339,391, Roggen 1,528,402, Hafer, 1,031,573, Gerste 279,044, Weizenmehl 253,543, Roggenmehl 1,246,200 Doppelcentner. — In Sachen der Beschlagnahme deutscher Schiffe durch die Engländer ist die erste amtliche Erklärung des englischen Premierministers auf die von deutscher Seite gemachten Vorstellungen hier eingetroffen. Der Eindruck, den Lord Salisbury's Auseinandersetzungen hier machen, soll derart sein, daß, abgesehen von dem abwechselnden englischen Rechtsstandpunkt, dem gegenüber das deutsche Interesse natürlich mit aller Energie weiter gewahrt werden müsse, eine baldige (!) befriedigende Erledigung der Angelegenheit keineswegs ausgeschlossen erscheine. Die Beschlagnahme des Reichspostdampfers „Herzog" werde von der Reichsregierung genau so, wie die anderen Aufbringungen deutscher Schiffe, behandelt. — Der in Essen erscheinende „Weckruf" hält gegenüber dem englischen Dementi aufrecht, daß Krupp für England bestimmte Geschosse fabrizire. Das englische Dementi sei erst gebracht worden, als alle Versuche, ein anderes zu erlangen, gescheitert waren. — Der Seniorenkonvent des Reichstags beschloß heute, daß morgen die Spezialberathung des Etats mit dem Etat

Meine Frau kauft **Triumph-Seife** ist doch die beste für Küche und Haushalt